

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 17.10.2003
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847
Niederschrift	
	Sitzung am Dienstag, 14. Oktober 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:04 Uhr
	Unterbrechungen: keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 01.07.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
471/2003**
- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 5. Verbraucherzentrale NRW Beratungsstelle Bergisch Gladbach – Jahresbericht 2002
314/2003**
- 6. Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates
472/2003**
- 7. Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2002
- Wohnungsbauprogramm 2003
383/2003**
- 8. Aktuelle Entwicklungen in der "Hilfe zur Arbeit"**

469/2003

9. **Weiterführung der Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG -
"Radwerk"**
468/2003

10. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

Aufgrund der anwesenden Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Frau Bendig eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:27 Uhr.

1 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@->

Die Niederschrift der Sitzung vom 01.07.2003 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 01.07.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@->

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

3 <-@ Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@->

Mitteilungen der Vorsitzenden liegen nicht vor.

4 <-@ Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@->

Mitteilungen der Bürgermeisterin liegen nicht vor.

5 <-@ Verbraucherzentrale NRW Beratungsstelle Bergisch Gladbach – Jahresbericht 2002

@->

Frau Bendig begrüßt **Frau Zingler** von der Verbraucher-Zentrale NRW und **Frau Trieb**, Leiterin der Beratungsstelle Bergisch Gladbach.
Frau Trieb stellt das Beratungsangebot der Verbraucherberatung vor. Die Zielsetzung der Verbraucherberatung ist, Ratsuchende bei ihren Konsumentscheidungen zu beraten, ihre Interessen zu unterstützen und Verbraucherbildung anzubieten. Frau Trieb beschreibt die zahlreichen Tätigkeitsfelder und Aktivitäten der Verbraucherberatung. Sie lädt zu einem Besuch in der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach, Paffrather Str. 29 ein.

Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.

6 <-@
Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates

@->

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 <-@
Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2002
- Wohnungsbauprogramm 2003

@->

Herr Hoffstadt bedauert, dass in der gegenwärtigen Situation keine „Stellschrauben“ zu finden sind, um die Situation des sozialen Wohnungsbaus in Bergisch Gladbach zu verbessern. Offensichtlich sind keine Investoren zu finden, die bereit sind, Kontingente zu „verbauen“. Dies wird zu weiter wachsenden Problemen führen, Personen in wirtschaftlich problematischen Situationen in Wohnungen zu vermitteln. Als einzigen Ausweg beschreibt er Anstrengungen der Stadt, eigene Flächen für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen (Beispiel „Pannenberg“) und mit Hilfe der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft zu bebauen (Beispiel „Hermann-Löns-Gelände“).

Dem schließt sich Frau Wöber-Servaes an. Sie regt an, diesbezüglich über die Nutzung des Areals der Belgier in Frankenforst und Bensberg nachzudenken. An Politik und Verwaltung appelliert sie, hier in idealer Lage für auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Bevölkerungsgruppen Lösungen zu suchen. Auch müsse die Stadt darüber nachdenken, für jüngere Leute attraktive Angebote bereit zu stellen, um sie zu veranlassen, sich in Bergisch Gladbach anzusiedeln. Diesbezüglich äußert Frau Münzer ihre Enttäuschung darüber, dass ehemalige Wohnungen der Belgier teuer renoviert und als Eigentumswohnungen vermarktet werden. Damit gehen sie für den diskutierten Zweck verloren.

Frau Münzer fragt nach, ob es im Zusammenhang mit der Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen das Instrument der Fehlbelegerabgabe noch gibt.

Herr Kotulla kündigt an, diese Frage im Rahmen der Niederschrift zu beantworten.

Antwort:

Das Instrument der Fehlbelegerabgabe (jetzt: Subventionsabschöpfungsabgabe oder Ausgleichszahlung) wird noch genutzt. Eine ausführliche Darstellung zu Fallzahlen, der Höhe der Fehlbelegungsabgabe, Fehlbelegungsquoten usw. ist in Punkt 5 des Jahresberichtes 2002 dargestellt, der Gegenstand der Sitzung war, (s. S. 155 der Einladung). Hierauf wird verwiesen.

Herr Kotulla bestätigt die benannten Probleme. Er weist darauf hin, dass sozialer Wohnungsbau von Investorentätigkeit abhängt. Die Stadt ist aufgrund der zunehmend schlechter werdenden Haushaltssituation nicht in der Lage selbst Investitionen zu tätigen. Investoren mit entsprechender Bereitschaft sind aufgrund der gegenwärtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht zu motivieren.

<-@

8

Aktuelle Entwicklungen in der "Hilfe zur Arbeit"

@->

Herr Hastrich berichtet, dass sich der dramatische Anstieg im Bereich der Sozialhilfebezieher im Halbjahr 2003 im 3. Quartal nicht fortgesetzt hat. Aktuell leben 1.711 Personen in Bergisch Gladbach von (zum Teil ergänzender) Hilfe zum Lebensunterhalt. Zwischenzeitlich konnte mit dem Arbeitsamt im Vorgriff auf die zu erwartenden sog. Hartz-Gesetze darüber Einigkeit erzielt werden, zum 01.12.2003 oder 01.01.2004 eine gemeinsame Anlaufstelle für Jugendliche bis zum Alter von 27 Jahren, die arbeitslos sind oder von Sozialhilfe leben, im Arbeitsamt einzurichten. Ein entsprechender Vertrag wird als Beschlussvorlage in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 02.12.2003 vorgelegt.

Innerhalb der Produktgruppe 5-500/Hilfe in Notlagen wurde ein Sachgebiet Erstberatung geschaffen. Alleinstehende Personen oder Personen, die wegen Ausscheidens aus Erwerbstätigkeit einen Sozialhilfeantrag stellen, werden von einem Spezialisten betreut. Er klärt im Wege des Fallmanagements, welche eigenen Ressourcen der/des Hilfesuchenden zu aktivieren sind, bevor der Hilfebezug einsetzt. Sollte es zum Sozialhilfebezug kommen, sollen aktivierende Unterstützungsmaßnahmen angeboten werden, die ein möglichst baldiges Ausscheiden aus dem Sozialhilfebezug ermöglichen.

Aufgrund ihrer beruflichen Kontakte lobt Frau Münzer die in der Produktgruppe *Hilfe zur Arbeit* tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie empfindet die aktuelle Buchstabenverteilung als undurchsichtig.

Herr Hastrich sagt zu, eine Übersicht zur Buchstabenverteilung auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Niederschrift zu versenden. Sie ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt. In Erwartung der Veränderungen, die mit der Verabschiedung der sog. Hartz-Gesetze einher gehen werden, wird von einer Neuordnung in der Produktgruppe 5-500 derzeit Abstand genommen.

Frau Coester verlässt die Sitzung um 18:53 Uhr.

Frau Wöber-Servaes erkundigt sich nach den Folgen der Mittelkürzung durch den Rheinisch-Bergischen Kreis.

Herr Hastrich antwortet, dass die Stadt derzeit Maßnahmen durchführt, die sie selbst bewerkstelligen kann. Bedauerlicherweise kann manche effizientere Maßnahme wegen Unfinanzierbarkeit nicht angeboten/fortgeführt werden.

Herr Hoffstadt bedauert, dass der damalige Antrag der SPD-Fraktion auf Gründung einer städtischen BeschäftigungsGmbH in den Gremien nicht abschließend beraten wurde. Ziel dieses Antrags war es, seitens der Stadt ein Beschäftigungsangebot auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen. Er kündigt an, diesen Antrag zu gegebener Zeit wieder aufleben zu lassen.

<-@

9

Weiterführung der Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG - "RadWerk"

@->

Herr Köchling zeigt Befangenheit an und nimmt an der nachfolgenden Beratung

nicht teil.

Frau Wöber-Servaes hält die Beschäftigungsmaßnahme *RadWerk* für eine hervorragende Maßnahme. Der städtische Anteil von 37.195,46 € p.a. sei gut angelegtes Geld. Sie erkundigt sich nach dem Zustimmungsvorbehalt der Kommunalaufsicht im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungskonzept.

Herr Kotulla bestätigt, dass die Zustimmung seitens der Kommunalaufsicht erteilt wurde.

Frau Wöber-Servaes stellt fest, dass somit nichts mehr dagegen spricht, die Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG über den 31.12.2003 hinaus fortzuführen.

Für die CDU-Fraktion beantragt Frau Wöber-Servaes, die Leistungsvereinbarung, die der Mitteilungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 468/2003 beigelegt war, mit dem Träger der Maßnahme abzuschließen.

Herr Hastrich weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) lediglich eine Beschlussempfehlung aussprechen kann, die nachfolgend dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss zur Beratung und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgende

Beschlussempfehlung:

Die Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Diakonie des Evgl. Stadtkirchenverbandes Köln und dem Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. wird abgeschlossen.

Herr Köchling kehrt in die Sitzungsrunde zurück.

<-@

10 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@->

Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:00 Uhr. <-@